

Bundesgesetzblatt

1457

Teil II

Z 1998 A

1973

Ausgegeben zu Bonn am 18. September 1973

Nr. 53

Tag	Inhalt	Seite
10. 9. 73	Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 13/73 — Zollsätze gegenüber Beitrittsländern — Speiseessig)	1457
16. 8. 73	Bekanntmachung des Abkommens zur Änderung des Abkommens vom 5. Juli 1963 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerks	1458
4. 9. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See	1466
4. 9. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (Seestraßenordnung)	1466
4. 9. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zusatzabkommens zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr	1467
4. 9. 73	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät	1468

Verordnung zur Änderung des Deutschen Teil-Zolltarifs (Nr. 13/73 — Zollsätze gegenüber Beitrittsländern — Speiseessig)

Vom 10. September 1973

Auf Grund des § 77 Abs. 4 Nr. 1 des Zollgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 529), zuletzt geändert durch das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Zollgesetzes vom 3. August 1973 (Bundesgesetzbl. I S. 940), wird verordnet:

§ 1

Im Deutschen Teil-Zolltarif (Bundesgesetzbl. 1968 II S. 1044) in der zur Zeit geltenden Fassung wird der Anhang „Zollsätze gegenüber Beitrittsländern“

mit Wirkung vom 1. Juli 1973 nach Maßgabe der Anlage ergänzt.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzblatt I S. 1) in Verbindung mit § 89 des Zollgesetzes auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 10. September 1973

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Dr. Schüler

Anlage
(zu § 1)

Tarifstelle	Warenbezeichnung	Zollsatz Beitrittsländer
1	2	3
Zu 22.10 Anmerkung 1	a) des Absatzes B I	45,42 DM für 100 l
	b) des Absatzes B II	29,91 DM für 100 l

Bekanntmachung
des Abkommens zur Änderung des Abkommens vom 5. Juli 1963
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerks
Vom 16. August 1973

In Bonn ist am 22. Juni 1973 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik zur Änderung des Abkommens vom 5. Juli 1963 über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerks und durch Briefwechsel zwischen dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und dem Staatssekretär für Jugend, Sport und Freizeit beim Ministerpräsidenten der Französischen Republik eine Vereinbarung über die Anwendung der Artikel 11 und 14 des Änderungsabkommens unterzeichnet worden.

Das Abkommen und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 18 Abs. 1 in Kraft tritt, wird besonders bekanntgegeben werden.

Die Vereinbarung über die Anwendung der Artikel 11 und 14 dieses Abkommens ist am 22. Juni 1973 in Kraft getreten.

Bonn, den 16. August 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Abkommen
zur Änderung des Abkommens vom 5. Juli 1963
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerks

Accord
modifiant l'accord du 5 juillet 1963
entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République française
portant création de l'Office germano-français pour la jeunesse

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und

die Regierung der Französischen Republik —

in Durchführung des Vertrages vom 22. Januar 1963
über die deutsch-französische Zusammenarbeit und des
Artikels 19 des Abkommens vom 5. Juli 1963 über die
Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerks —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

I. Name und Zweckbestimmung

Artikel 1

Es wird eine Organisation zur Förderung der Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Jugend errichtet, die den Namen „Deutsch-französisches Jugendwerk“ trägt.

Artikel 2

(1) Das Jugendwerk hat die Aufgabe, die Bande zwischen der Jugend der beiden Länder enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen; es hat hierzu die Jugendbegegnung und den Jugendaustausch anzuregen, zu fördern und gegebenenfalls selbst durchzuführen. Seine Tätigkeit erstreckt sich insbesondere auf folgende Gebiete:

- a) Begegnung und Austausch von Schülern, Studenten und berufstätigen Jugendlichen;
- b) Austausch im beruflichen und technologischen Bereich;
- c) Gruppenfahrten, Jugend- und Jugendsportveranstaltungen;
- d) Kinder-, Jugend- und Familienerholung;
- e) Austausch und Ausbildung von Fachkräften und Mitarbeitern der Jugendarbeit und des Jugendsports, gemeinsames Training für Jugendsportler;
- f) Vertiefung der gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder durch Öffentlichkeitsarbeit, Bildungsreisen, Studienaufenthalte, Seminare, musische Veranstaltungen und durch Tagungen der leitenden Persönlichkeiten der Jugendarbeit;
- g) Ausbau außerschulischer Einrichtungen zur Förderung der gegenseitigen Sprachkenntnisse;
- h) Untersuchungen und wissenschaftliche Forschungsarbeiten über Jugendfragen.

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne
et

le Gouvernement de la République française,

en application du traité du 22 janvier 1963 relatif à la coopération germano-française et de l'article 19 de l'accord du 5 juillet 1963 portant création d'un Office germano-français pour la jeunesse,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

I — Dénomination et Objet —

Article 1^{er}

Il est créé un organisme dénommé «Office germano-français pour la jeunesse», chargé de développer les relations entre la jeunesse allemande et la jeunesse française.

Article 2

(1) L'Office a pour objet de resserrer les liens qui unissent les jeunes des deux pays, de renforcer leur compréhension mutuelle, et, à cet effet, de provoquer, d'encourager, et, le cas échéant, de réaliser des rencontres et des échanges de jeunes. Son action s'étend notamment aux domaines suivants:

- a) rencontres et échanges d'écoliers, d'étudiants et de jeunes travailleurs;
- b) échanges à caractère socio-professionnel et technologique;
- c) déplacements de groupes, manifestations sportives et de jeunesse;
- d) colonies, centres et maisons familiales de vacances;
- e) échanges et stages en vue de la formation de cadres sportifs et de jeunesse, entraînement commun pour les jeunes athlètes;
- f) connaissance réciproque des deux pays par une action d'information, l'organisation de voyages et de séjours d'études, de séminaires, de manifestations artistiques, et la rencontre de responsables d'organisations de jeunesse;
- g) développement des institutions extra-scolaires qui se consacrent à la diffusion de la langue de l'un ou de l'autre pays;
- h) enquêtes et recherches scientifiques dans le domaine de la jeunesse.

(2) Das Jugendwerk verfolgt bei der Erfüllung seiner Aufgaben die Grundsätze der Zusammenarbeit und der Verständigung unter den Ländern Europas und den anderen Ländern der freien Welt, die es bei der Jugend zu vertiefen gilt.

Artikel 3

(1) Das Jugendwerk besitzt Rechtspersönlichkeit und ist in Geschäftsführung und Verwaltung autonom.

(2) Hierzu finden in der Bundesrepublik Deutschland und in der Französischen Republik alle in den §§ 3, 4, 7, 9 und 31 Buchstabe a des am 21. November 1947 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommenen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen niedergelegten Bestimmungen auf das deutsch-französische Jugendwerk Anwendung.

II. Mittel für die Tätigkeit des Jugendwerks

Artikel 4

(1) Das Jugendwerk verfügt über den im Vertrag vom 22. Januar 1963 vorgesehenen gemeinsamen deutsch-französischen Fonds.

(2) Dem Fonds werden nach Maßgabe der in jedem Land geltenden Haushaltsvorschriften jährlich die für die Tätigkeit des Jugendwerks erforderlichen Mittel nach Prüfung des von dem Kuratorium erstellten Haushaltsentwurfs zu gleichen Teilen zur Verfügung gestellt.

(3) Das Jugendwerk kann alle sonstigen Einnahmen tätigen und insbesondere Zahlungen vereinnahmen, die von Personen oder Einrichtungen geleistet werden, denen seine Tätigkeit zugute kommt.

(4) Der Jahresbericht der Rechnungsprüfer nach Artikel 9 ist den beiden Regierungen mit der Stellungnahme des Generalsekretärs zuzuleiten.

Artikel 5

(1) Das Jugendwerk bestreitet aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Ausgaben zur Förderung der deutsch-französischen Jugendarbeit und insbesondere der in Artikel 2 genannten Austauschprogramme. Die Verwendung dieser Mittel erfolgt im Rahmen operativer Programme entsprechend den Zielvorstellungen und Richtlinien, die das in Artikel 6 bezeichnete Kuratorium festlegt.

(2) Das Jugendwerk gewährt Zuwendungen an öffentliche Einrichtungen und an private Zusammenschlüsse. Hält das Jugendwerk zur Erfüllung seiner Aufgaben eine langfristige Zusammenarbeit mit bestimmten Partnern für erforderlich, so können mit diesen Verträge im Rahmen der in Artikel 9 festgelegten Haushaltsbefugnisse des Kuratoriums geschlossen werden.

(3) Das Jugendwerk kann selbst auf dem Gebiet der Zusammenarbeit und des Austausches Programme durchführen und in einzelnen Fällen seinem Zweck entsprechende Einrichtungen schaffen, unterhalten und führen.

(4) Es kann außerdem die Vorbereitung und Durchführung von Programmen übernehmen, die ihm von öffentlichen oder privaten Organisationen vorgeschlagen werden, wenn sie seinem Auftrag entsprechen und von gemeinsamem Interesse sind, und wenn auch die betreffenden Organisationen den notwendigen finanziellen Beitrag hierfür erbringen.

(2) Dans l'accomplissement de ces tâches, l'Office applique les principes de coopération et de compréhension qu'il convient de développer parmi les jeunes tant à l'égard des pays européens que des autres pays du monde libre.

Article 3

L'Office a la personnalité juridique. Il jouit de l'autonomie de gestion et d'administration. A ces fins, les prescriptions figurant aux paragraphes 3, 4, 7, 9 et 31 a de la Convention adoptée par l'Assemblée générale des Nations Unies, le 21 novembre 1947, sur les immunités et privilèges des institutions spécialisées s'appliqueront à l'Office germano-français pour la jeunesse, tant en République fédérale d'Allemagne qu'en République française.

II — Moyens d'Action —

Article 4

(1) L'Office dispose du fonds commun germano-français prévu par le Traité du 22 janvier 1963.

(2) Sous réserve des règles budgétaires applicables dans chaque pays, les crédits nécessaires aux activités de l'Office sont versés au fonds chaque année, à parts égales, après examen des propositions de budget préparées par le Conseil d'administration.

(3) L'Office est habilité à encaisser toutes autres recettes, et notamment les versements qui peuvent être effectués par les bénéficiaires des activités qu'il organise.

(4) Le rapport annuel des commissaires aux comptes visées à l'article 9 du présent Accord est soumis aux deux Gouvernements revêtu des observations du Secrétaire général.

Article 5

(1) L'Office prélève sur les ressources dont il dispose les moyens propres à développer la coopération germano-française dans le domaine de la jeunesse, et plus particulièrement les échanges visés à l'article 2 ci-dessus. L'affectation de ces moyens se fait dans le cadre des programmes d'opérations conformes aux objectifs et aux directives définies par le Conseil d'administration visé à l'article 6.

(2) L'Office intervient par voie de subventions accordées soit à des collectivités publiques soit à des groupes privés. Si, pour remplir sa mission, l'Office estime nécessaire une coopération prolongée avec certains partenaires déterminés, des contrats peuvent être conclus avec ceux-ci, dans le cadre des prérogatives budgétaires du Conseil d'administration définies à l'article 9.

(3) L'Office peut conduire lui-même des activités de coopération, d'échanges, et, à titre exceptionnel, créer et entretenir des installations répondant à son objet.

(4) Il peut, en outre, assurer la préparation et la mise en œuvre d'opérations d'intérêt commun et conformes à sa mission, qui lui seraient proposées par des organismes publics ou privés apportant à cet effet le financement nécessaire.

III. Kuratorium

Artikel 6

(1) An der Spitze des Jugendwerks steht ein Kuratorium; es setzt sich aus je vierzehn deutschen und französischen Mitgliedern zusammen; die deutschen Mitglieder werden von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die französischen Mitglieder werden von der Regierung der Französischen Republik ernannt.

(2) Je sechs Mitglieder aus jedem Land sind Vertreter der öffentlichen Verwaltungen, die übrigen acht sind namhafte Persönlichkeiten und Leiter von Organisationen der freien Jugendarbeit. Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu benennen, der nur bei Verhinderung des Mitglieds an den Sitzungen des Kuratoriums teilnimmt.

(3) Die Amtszeit der Mitglieder und ihrer Stellvertreter beträgt zwei Jahre. Sie können aus wichtigem Grund nach Anhörung des Kuratoriums von der Regierung, die die Ernennung ausgesprochen hat, vorzeitig abberufen werden. Die Mitglieder des Kuratoriums üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus; sie erhalten Reisekostenentschädigung, Ersatz der ihnen aus Aufträgen des Kuratoriums entstehenden Auslagen sowie Sitzungsvergütung.

Artikel 7

Das Kuratorium tagt abwechselnd in Deutschland und Frankreich, unter dem Vorsitz eines seiner beiden Präsidenten, während der andere Präsident anwesend oder vertreten ist. Die beiden Präsidenten sind der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit der Bundesrepublik Deutschland und der Staatssekretär für Jugend, Sport und Freizeit beim Ministerpräsidenten der Französischen Republik.

Artikel 8

(1) Das Kuratorium tritt mindestens zweimal im Jahr zusammen; weitere Sitzungen finden statt, wenn seine beiden Präsidenten es übereinstimmend für erforderlich halten oder wenn die Mehrheit der Kuratoriumsmitglieder es wünscht.

(2) Ort und Zeit der Sitzungen bestimmen die Präsidenten im beiderseitigen Einvernehmen. Sie schlagen ferner nach Konsultation des Generalsekretärs dem Kuratorium die Tagesordnung vor. Anträge zur Tagesordnung können auch von den Mitgliedern des Kuratoriums gestellt werden.

Artikel 9

(1) Das Kuratorium hat die zur Erfüllung der Aufgaben des Jugendwerks gemäß den Artikeln 1 und 2 erforderlichen Befugnisse.

(2) Das Kuratorium

- beschließt das Programm für die Tätigkeit des Jugendwerks und erläßt Richtlinien für seine Ausführung;
- ergreift alle geeigneten Maßnahmen für ein ordnungsgemäßes Arbeiten des Jugendwerks;
- beschließt den Haushaltsplan des Jugendwerks;
- erläßt Richtlinien für eine sorgsame Verwaltung der Haushaltsmittel;
- billigt den Jahresbericht des Generalsekretärs;
- prüft die Berichte der geförderten Organisationen über ihre Tätigkeit und über die Verwendung der ihnen gewährten Zuwendungen;

III — Conseil d'Administration —

Article 6

(1) L'Office est administré par un Conseil d'administration composé de quatorze membres allemands et de quatorze membres français, désignés respectivement par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et par celui de la République française.

(2) Dans chaque pays, six de ces membres sont choisis dans les Administrations publiques, les huit autres parmi les personnalités qualifiées et les dirigeants d'organisations de jeunes. Pour chaque membre, un suppléant est désigné, qui n'assistera aux sessions du Conseil d'administration qu'en cas d'empêchement du titulaire.

(3) La durée des fonctions des membres titulaires et des membres suppléants est de deux ans. Les membres peuvent être révoqués pour motifs graves, après avis du Conseil d'administration, par le Gouvernement qui les a nommés. Les fonctions des membres du Conseil d'administration sont gratuites; des indemnités pour frais de déplacement, de mission et de session leur sont attribuées.

Article 7

Le Conseil d'administration siège alternativement en Allemagne et en France, sous la présidence de l'un de ses deux Président, l'autre étant présent ou représenté. Les deux Présidents sont le Ministre de la Jeunesse, de la Famille et de la Santé de la République fédérale d'Allemagne et le Secrétaire d'Etat auprès du Premier Ministre chargé de la Jeunesse, des Sports et des Loisirs de la République française.

Article 8

(1) Le Conseil d'administration se réunit au moins deux fois par an et, en outre, lorsque ses deux Présidents l'estiment, d'un commun accord, nécessaire, ou encore lorsque la majorité des membres du Conseil d'administration en exprime le désir.

(2) Le lieu et la date de chaque session sont fixés d'un commun accord par les deux Présidents. Ceux-ci proposent également l'ordre du jour après consultation du Secrétaire général. Des propositions pour l'ordre du jour pourront également être faites par les membres du Conseil d'administration.

Article 9

(1) Le Conseil d'administration est investi des pouvoirs nécessaires à l'accomplissement de la mission de l'Office, telle qu'elle est définie aux articles 1^{er} et 2 du présent Accord:

(2) Le Conseil:

- arrête le programme des activités de l'Office et donne des directives pour son application;
- prend toutes mesures utiles au bon fonctionnement de l'Office;
- vote le budget de l'Office;
- élabore les règles assurant la bonne gestion des crédits;
- approuve le rapport annuel du Secrétaire général;
- examine les comptes rendus des organismes subventionnés sur leurs activités et sur l'utilisation des fonds qu'ils reçoivent;

- bestellt im Einvernehmen mit den beiden Regierungen je einen deutschen und einen französischen Rechnungsprüfer, die gemeinsam im Rahmen der Vorschriften des Jugendwerks jährlich die Verwendung seiner Mittel prüfen und dem Kuratorium Bericht erstatten;
- erteilt nach Prüfung des Berichts der Rechnungsprüfer und einer etwaigen Stellungnahme des Generalsekretärs diesem Entlastung hinsichtlich der Ausführung des Haushaltsplans.

(3) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

Artikel 10

(1) Das Kuratorium ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind. Ist das Kuratorium nicht beschlußfähig, so beruft der amtierende Präsident innerhalb von dreißig Tagen eine weitere Sitzung ein. Auf dieser Sitzung ist das Kuratorium mit den anwesenden Mitgliedern beschlußfähig.

(2) Die Beschlüsse des Kuratoriums werden mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, so kann der Präsident eine zweite Lesung vornehmen lassen; ihr folgt eine erneute Abstimmung, die der gleichen Mehrheit bedarf.

(3) Es bleibt jederzeit dem Ermessen des Präsidenten überlassen, ob ein Beratungsergebnis einer förmlichen Abstimmung unterworfen wird oder nicht; ausgenommen sind Haushaltsfragen und Vorschläge zur Änderung des Abkommens auf Veranlassung des Kuratoriums nach Artikel 17; im letzteren Falle gilt Absatz 2 des vorliegenden Artikels.

IV. Generalsekretariat

Artikel 11

(1) Das ausführende Organ des Kuratoriums ist der Generalsekretär, dem ein Stellvertretender Generalsekretär zur Seite steht. Sie müssen Staatsangehörige eines der beiden Staaten und unterschiedlicher Staatsangehörigkeit sein. Beide werden nach Anhörung des Kuratoriums einvernehmlich durch die beiden Regierungen ernannt. Die Dauer ihrer Amtszeit, die für beide gleich ist, wird zwischen den beiden Regierungen vereinbart; sie beträgt mindestens drei und höchstens sechs Jahre.

(2) Der Sitz des Generalsekretariats wird durch Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen bestimmt.

Artikel 12

(1) Der Generalsekretär vertritt das Jugendwerk. Er bereitet die Sitzungen des Kuratoriums vor, erstattet ihm Bericht und legt ihm die Haushaltsentwürfe vor, sorgt für die Durchführung der Beschlüsse des Kuratoriums und wacht über eine sorgsame Haushaltsführung. Ist bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres der Haushaltsplan für das folgende Jahr nicht beschlossen, so trifft der Generalsekretär alle Maßnahmen, die für die Arbeit der Verwaltung des Jugendwerks und zur Fortsetzung der laufenden Programme erforderlich sind.

(2) Der Stellvertretende Generalsekretär unterstützt den Generalsekretär in dessen sämtlichen Aufgaben und vertritt ihn im Falle der Abwesenheit oder Verhinderung. Im Einvernehmen mit den beiden Präsidenten des Kuratoriums können ihm vom Generalsekretär außerdem bestimmte Befugnisse übertragen werden, insbesondere die Aufsicht über einen Teil der Verwaltung des Jugendwerks. Diese Übertragung kann auf gleiche Weise rückgängig gemacht werden.

— Désigne, en accord avec chacun des deux Gouvernements, deux commissaires aux comptes, l'un allemand et l'autre français, chargés dans le cadre des règles propres à l'Office, de contrôler en commun chaque année l'utilisation des crédits et de lui en rendre compte;

— Donne, après examen du rapport des commissaires aux comptes et des observations éventuelles du Secrétaire général, quitus à ce dernier de sa gestion pour l'exercice en cours.

(3) Le Conseil d'administration arrête son règlement intérieur.

Article 10

(1) Le quorum requis pour la validité des délibérations du Conseil d'administration est des deux-tiers des membres ayant le droit de vote. Si le quorum n'est pas atteint, le Président en exercice convoque à nouveau le Conseil dans un délai de trente jours. Le Conseil délibère alors sans condition de quorum.

(2) Les décisions du Conseil d'administration sont prises à la majorité des deux-tiers des membres présents. Si cette majorité n'est pas atteinte, le Président peut prendre l'initiative d'une seconde lecture sanctionnée par un nouveau scrutin, à la même majorité.

(3) Le Président a toujours la faculté d'apprécier l'opportunité de soumettre ou non une délibération à un vote formel, sauf en matière budgétaire et en ce qui concerne les propositions de modification de l'Accord à l'initiative du Conseil d'administration, prévues à l'article 17, où les dispositions de l'alinéa 2 du présent article sont de règle.

IV — Secrétariat général —

Article 11

(1) L'organe d'exécution du Conseil d'administration est le Secrétaire général, assisté d'un Secrétaire général adjoint. Ils sont ressortissants de l'un ou l'autre Etat, et de nationalité différente. Ils sont nommés tous deux par accord des deux Gouvernements après avis du Conseil d'administration. La durée de leur mandat, identique pour chacun d'eux, est fixée d'un commun accord par les deux Gouvernements; elle est au minimum de trois ans et aux maximum de six ans.

(2) Le siège du Secrétariat général est fixé par accord entre les deux Gouvernements.

Article 12

(1) Le Secrétaire général représente l'Office. Il prépare les sessions du Conseil d'administration, lui présente tous rapports ainsi que le projet de budget, pourvoit à l'exécution des décisions du Conseil et veille à la bonne gestion du budget. Si le budget pour l'année suivante n'est pas voté avant la fin de l'exercice financier en cours, le Secrétaire général prend toutes mesures nécessaires au fonctionnement des services de l'Office et à la poursuite des programmes en cours.

(2) Le Secrétaire général adjoint seconde le Secrétaire général dans l'ensemble de ses attributions et le remplace en cas d'absence ou d'empêchement. Il peut, en outre, recevoir de ce dernier délégation de certaines compétences, définies en accord avec les deux Coprésidents du Conseil d'administration, et lui donnant notamment autorité sur des services de l'Office. Cette délégation peut être rapportée dans les mêmes conditions.

(3) Der Generalsekretär und der Stellvertretende Generalsekretär nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen des Kuratoriums teil.

Artikel 13

Der Generalsekretär ernennt das Personal des Jugendwerks. In Ausübung seiner Ernennungsbefugnis sorgt er für eine ausgewogene Vertretung beider Staatsangehörigkeiten.

Artikel 14

Die Verwaltung des Jugendwerks wird am Sitz des Generalsekretariats zusammengefaßt. Um die Arbeit des Jugendwerks in dem anderen Land zu erleichtern, wird dort ein ständiges Büro eingerichtet. Dieses Büro, das nur eine beschränkte Zahl Bediensteter umfaßt, wird dem Generalsekretär unmittelbar unterstellt.

V. Schlußbestimmungen

Artikel 15

(1) Das Personalstatut sowie das System und die Höhe der verschiedenen dem Personal gewährten Zulagen und Zusatzleistungen werden vom Kuratorium nach vorheriger Genehmigung durch die zuständigen nationalen Verwaltungsbehörden festgelegt.

(2) Das Kuratorium wird über die von den zuständigen nationalen Verwaltungsbehörden festgelegten allgemeinen Maßnahmen zur Anpassung der Löhne und Gehälter unterrichtet.

Artikel 16

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 17

Die beiden Regierungen können von sich aus oder auf Vorschlag des Kuratoriums Änderungen dieses Abkommens vornehmen.

Artikel 18

Dieses Abkommen, durch das die Bestimmungen des am 5. Juli 1963 unterzeichneten Abkommens aufgehoben werden, tritt spätestens am 1. Januar 1974 in Kraft.

Es obliegt den beiden Ministern, die Präsidenten des Jugendwerks sind, die bis zum 1. Januar 1974 erforderlich werdenden Durchführungsmaßnahmen zu treffen.

GESCHEHEN zu Bonn am 22. Juni 1973 in zwei Urschriften in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
Scheel

Für die Regierung
der Französischen Republik
Jobert

(3) Le Secrétaire général et le Secrétaire général adjoint prennent part l'un et l'autre aux séances du Conseil d'administration avec voix consultative.

Article 13

Le Secrétaire général nomme le personnel de l'Office. Dans l'exercice de son pouvoir de nomination, il veille à une représentation équilibrée des deux nationalités.

Article 14

Les services de l'Office sont regroupés au siège du Secrétariat général. Afin de faciliter l'action de l'Office dans l'autre pays, un bureau permanent y sera établi. Ce bureau, qui ne comportera qu'un nombre restreint d'agents, sera placé sous l'autorité directe du Secrétaire général.

V — Dispositions particulières —

Article 15

(1) Le statut du personnel, ainsi que le régime et le montant des diverses indemnités et prestations complémentaires accordées à ce dernier, sont arrêtés par le Conseil d'administration après avoir reçu l'approbation des administrations nationales compétentes.

(2) Le Conseil d'administration est informé des mesures générales d'ajustement des traitements et salaires décidées par les administrations nationales compétentes.

Article 16

Le présent Accord s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le gouvernement de la République française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 17

Les deux Gouvernements peuvent apporter au présent Accord toute modification dont ils prendraient l'initiative ou qui leur serait proposée par le Conseil d'administration.

Article 18

Le présent Accord qui abroge les dispositions de l'accord signé le 5 juillet 1963 entrera en vigueur au plus tard le 1^{er} janvier 1974.

Il appartiendra aux deux Ministres Co-Présidents de l'Office de prendre les mesures d'application qui s'avèreront nécessaires d'ici au 1^{er} janvier 1974.

FAIT à Bonn, le 22 juin 1973, en double exemplaire, en langues allemande et française, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale d'Allemagne
Scheel

Pour le Gouvernement
de la République française
Jobert

Der Bundesminister
für
Jugend, Familie und Gesundheit

Le Secrétaire d'Etat
auprès du Premier Ministre
chargé de la Jeunesse,
des Sports et des Loisirs

53 Bonn-Bad Godesberg 1, den 22. Juni 1973

Paris le 22 juin 1973

Herr Minister,

Madame le Ministre,

als Ergebnis der Gespräche, die wir beide geführt haben, sind die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik übereingekommen, das Abkommen vom 5. Juli 1963 über die Errichtung des deutsch-französischen Jugendwerks entsprechend dem im Artikel 19 seines Wortlauts vorgesehenen Verfahren zu ändern; diese Änderung ist von den Außenministern unserer beiden Länder am 22. Juni 1973 unterzeichnet worden.

Was die Anwendung der Artikel 11 und 14 des neuen Wortlauts angeht, und aufgrund des Gespräches, das wir darüber führten, bitte ich Sie, mir Ihr Einverständnis mit folgenden Regelungen zu bestätigen:

1. Während der nächsten sechs Jahre wird der Generalsekretär des Jugendwerks ein französischer Staatsangehöriger sein und für die Dauer von drei Jahren ernannt werden, die gegebenenfalls um den gleichen Zeitraum verlängert werden kann. Falls sein Auftrag nicht verlängert wird, schlägt die französische Regierung einen anderen Kandidaten vor.

Der Stellvertretende Generalsekretär deutscher Staatsangehörigkeit wird unter denselben Bedingungen ernannt und gegebenenfalls in seinem Amt verlängert.

2. Nach diesen sechs ersten Jahren wird die Amtsdauer des Generalsekretärs deutscher Staatsangehörigkeit und des Stellvertretenden Generalsekretärs französischer Staatsangehörigkeit vier Jahre betragen.
3. Zum Sitz des Jugendwerks wird ab 1. Januar 1974 Bonn bestimmt. Die Entscheidung über seine Ortsbestimmung wird künftig jedoch nicht von der Ernennung des Generalsekretärs abhängen.
4. Das ständige Büro des Jugendwerks wird in Paris eingerichtet. Es umfaßt höchstens acht Bedienstete.
5. Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 22 juin 1973 ainsi rédigée:

«A la suite des entretiens que nous avons eus tous deux, le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République française sont convenus de modifier l'accord du 5 juillet 1963 portant création de l'Office franco-allemand pour la Jeunesse, en se fondant sur la procédure prévue par l'article 19 de ce texte; cette modification a été signée par les Ministres des Affaires Etrangères de nos deux pays, le 22 juin 1973.

En vue de l'application des articles 11 et 14 du nouveau texte, et à la suite de l'entretien que nous avons eu à ce sujet, je vous prie de bien vouloir me confirmer votre accord sur les dispositions suivantes:

- 1) Pendant les six prochaines années, le Secrétaire général de l'Office sera de nationalité française et nommé pour une période de trois ans éventuellement renouvelable. Dans le cas où son mandat ne serait pas renouvelé, le Gouvernement français proposerait un autre candidat.

Le Secrétaire général adjoint, de nationalité allemande, sera nommé et éventuellement renouvelé dans les mêmes conditions.

- 2) au terme de ces six premières années, la durée du mandat du Secrétaire général, de nationalité allemande, et du Secrétaire général adjoint, de nationalité française, sera de quatre années.
- 3) le siège de l'Office est fixé à Bonn à compter du 1^{er} janvier 1974. Désormais, la décision quant à son implantation ne dépendra pas de la nomination du Secrétaire général.
- 4) le bureau permanent de l'Office sera établi à Paris. Il comprendra au maximum huit agents.
- 5) le présent arrangement s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne ou le Gouvernement de la République française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent arrangement.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance de ma haute considération.»

J'ai l'honneur de vous confirmer mon accord sur les dispositions qui précèdent.

Veillez agréer, Madame le Ministre, l'assurance de ma haute considération.

Dr. Katharina Focke

Pierre Mazeaud

Herrn
Pierre Mazeaud
Staatssekretär für Jugend, Sport und Freizeit
beim Ministerpräsidenten der Französischen Republik

Madame Katharina Focke
Ministre de la Jeunesse,
de la Famille et de la Santé
de la République fédérale d'Allemagne

Le Secrétaire d'Etat
auprès du Premier Ministre
chargé de la Jeunesse,
des Sports et des Loisirs

Paris, den 22. Juni 1973

Frau Minister,

Es ist mir eine Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 22. Juni 1973 zu bescheinigen, die den folgenden Wortlaut hat:

(Siehe Note des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit vom 22. Juni 1973)

Es ist mir eine Ehre, mein Einverständnis mit den oben erwähnten Regelungen zu bestätigen.

Pierre M a z e a u d

Frau Doktor Katharina Focke
Bundesminister für Jugend,
Familie und Gesundheit
der Bundesrepublik Deutschland

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1960
zum Schutz des menschlichen Lebens auf See

Vom 4. September 1973

Das Internationale Übereinkommen vom 17. Juni 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 465) ist nach seinem Artikel XI für

Libyen am 10. April 1973
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. Mai 1973 (Bundesgesetzblatt II S. 541).

Bonn, den 4. September 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Sachs

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Regeln
zur Verhütung von Zusammenstößen auf See
(Seestraßenordnung)

Vom 4. September 1973

Die Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See — Anlage B zur Schlußakte der Internationalen Konferenz von 1960 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See — (Bundesgesetzbl. 1965 II S. 465, 742) sind von

Tunesien am 23. November 1972
angenommen worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. Dezember 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1639).

Bonn, den 4. September 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Sachs

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zusatzabkommens zum Warschauer Abkommen
zur Vereinheitlichung von Regeln
über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer
ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr

Vom 4. September 1973

Das in Guadalajara am 18. September 1961 unterzeichnete Zusatzabkommen zum Warschauer Abkommen zur Vereinheitlichung von Regeln über die von einem anderen als dem vertraglichen Luftfrachtführer ausgeführte Beförderung im internationalen Luftverkehr (Bundesgesetzbl. 1963 II S. 1159) ist nach seinem Artikel XIV Abs. 2 für

Saudi-Arabien am 16. August 1973
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 18. September 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1435).

Bonn, den 4. September 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Sachs

Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens
über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät

Vom 4. September 1973

Das Zollübereinkommen vom 11. Juni 1968 über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1914) ist nach seinem Artikel 20 Abs. 2 für

Mexiko	am	19. Oktober 1972
Philippinen	am	10. Juli 1973

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. August 1972 (Bundesgesetzbl. II S. 1087).

Bonn, den 4. September 1973

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Frank

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt, 53 Bonn 1, Postfach 624, Tel. (0 22 21) 22 40 86 bis 88.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 31,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 0,85 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1972 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,05 DM (0,85 DM zuzüglich —,20 DM Versandkosten); bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,35 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten, der angewandte Steuersatz beträgt 5,5%.